

Beschlüsse des III. Kongresses der P.C.I.

Resolution Marcoux - Graisneau über die Tätigkeit der Partei (rapport moral)

Zustimmung durch die Mehrheit.

Der Kongress stellt mit Befriedigung fest;

- 1.) Den Erfolg der Kampagne für die Legalisation der Verità, sowie den Fortschritt, um aus diesem Organ ein wirkliches, lebendiges Kampfblatt der Arbeiter als Waffe in ihren Kämpfen zu schaffen;
- 2.) Die Entwicklung eines revolutionären Flügels in den Gewerkschaften (Congrès confédéral= Bundeskongress, Lehrerkongress, Nationales Streikomitee der Postler) und das Eingreifen der Partei in die Kämpfe der Arbeiter (Streik der Zeitungsdrucker in Paris, Streik der Postler usw.);
- 3.) Die erfolgreiche finanzielle Kampagne für die Sammlung von 1 Million France und die Anstrengung der gesamten Partei für Durchführung der Wahlen, in welchen die Partei 45.000 Stimmen erhielt;
- 4.) Die Organisation der J.C.J. und die steigende Entwicklung unseres Einflusses in der Arbeiterjugend;
- 5.) Die Entwicklung der Partei und besonders die Gewinnung von zahlreichen Kämpfern aus den Reihen der KPF.
Der Kongress billigt die durch das Zentral-Komitee am 7. Juli gefassten Beschlüsse, nach denen dem Parteisekretariat die Rolle des politischen Exekutivkomitees zuerkannt wurde, so daß nur dieses zwischen den Tagungen des Z.K. die politische Linie der Partei bestimmen könne;
Der Kongress verlangt von der zukünftigen Führung der Partei, die Durchführung eines Maximums von Anstrengungen für:
 - a) der Partei eine permanente politische Impulsion zu geben;
 - b) ihr die notwendigen Elemente für eine theoretische Bildung zu geben (Zeitschrift (Revue), Kadernschule);
 - c) systematische Organisation der Agitation und Propaganda;
 - d) Die Entwicklung der Partei zur revolutionären Kampfgang, dort fortzusetzen, wo sie die Unterstützung der revol. Arbeiter und Bauern finden wird.

Dissociation: (Trennung) ?

Der Kongress erklärt sich, ohne der politischen Diskussion vorzugreifen (préjudice) mit der von der Mehrheit des Z.K. in der Frage des Referendums eingenommenen Stellungnahme einverstanden, welche dem durch die engl. Sektion dem internationalen Exekutivkomitee vorgelegten und durch die Mehrheit des Z.K. der P.C.I. am 7. Juli 1946 gefassten Beschlüsse zustimmte, welcher sich für ein JA beim Referendum aussprach.

Resolution über die USSR.

- 1.) Der Kongress stellt fest, daß die über die Frage der USSR stattgefunden Diskussion in der Debatte offen geblieben ist, und daß diese Frage in einer Nationalkonferenz der Partei, welche spätestens in einer Frist von 6 Monaten und noch vor dem nächsten Weltkongress stattfinden soll, gründlichst untersucht werden muß.
- 2.) Die Partei wird bis dahin ihre bisherigen Positionen, wie die der IV. Internationale über die Frage der USSR und ihrer Verteidigung weiterhin aufrechterhalten (défendre).

Politische Resolution vom Kongress mit 52 Mandanten
angenommen.

Die Situation hat sich im Gegensatz, zu den von dem II. Kongress der P.C.I. zugestimmten Voraussetzungen nicht in dem Sinne eines direkten Angriffes des Proletariats auf die bürgerliche Macht und damit zum Übergehen zur Umwandlung des 2. imperial. Weltkrieges in den Bürgerkrieg entwickelt.

Im Gegenteil, die Arbeiterklasse hat ohne entscheidende Niederlagen zu erleiden, wichtige Kampfpositionen, sowie einen beträchtlichen Teil seiner Kaufkraft verloren (Antiarbeitergesetzgebung und Aufhebung der Preiskontrolle in den USA, in Europa Auflösung der bewaffneten Organisationen, sowie der comités populaires usw.)

In Frankreich:

- a) Die letzten Wahlen zeigen, daß sich die bürgerlichen Parteien verstärkt haben. Die traditionellen Arbeiterparteien verloren an Stimmen. Um ihr Gleichgewicht mit dem bürgerlichen Block aufrechtzuerhalten fehlen ihnen 800.000 Stimmen und damit verloren sie die Majorität in der Verfassungsgebenden Versammlung.
- b) Das Fehlen von Massenkämpfen seit dem II. Kongress bestätigt, daß trotz dem durch die unaufhörlichen Zugeständnisse der großen Arbeiterorganisationen verursachten Aatzenjammer, die proletarischen Massen ihre Illusionen an die Möglichkeit ihr Schicksal zu verbessern, ohne den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu brechen, noch nicht verloren haben.
- c) Die franz. Bourgeoisie, hat ohne Unterbrechung seit August 1944 ihre politische Vorherrschaft unter der Fassade der bürgerl. parlamentarischen Demokratie konsolidiert. Jetzt bereitet sie die Rückkehr des Senats, die Zerstörung der weltlichen Schule, die Verstärkung der Exekutive und die Restauration der persönl. Macht (pouvoir personnel) vor.
- d) Der Bourgeoisie, ist es dank den Opfern, die die SPF u. RFF den Arbeitermassen annahmbar gemacht haben, gelungen ihre Ökonomie wieder zu beleben. Die wirtschaftliche Wiederbelebung schafft günstige Bedingungen für den Kampf um die Löhne und damit überhaupt allgemein für die Forderungen (revendicatives) in den Betrieben.

- e) Diese politische und ökonomische Stabilisation des bürgerlichen Regimes ist sehr relativ, denn die finanziellen Schwierigkeiten, die Zerstückelung des Kolonialreiches und die im Verhältnis zu den USA schwächere ökonomische Ausrüstung Frankreichs, wird neue Krisen erzeugen.

Die Politik der P.C.I.

- a) Der Wille der Bourgeoisie einen starken Staat aufzurichten, welcher immer weniger der Kontrolle der Massen untersteht macht die demokratischen Forderungen zu einem mächtigen Hebel um die einheitliche Aktion der Arbeiter gegen die bürgerliche Macht zu verwirklichen. In der aktuellen Stunde, wo sich für die Bourgeoisie die Notwendigkeit ergibt, um ihre Profite zu bewahren, die Arbeiter-Freiheiten zu verringern (wie eine einzige souveräne Nationalversammlung, Absetzbarkeit der Gewählten, proportionelle, gleichmäßige Vertretung, Auflösung der freien Schulen, weltlicher Unterricht, Verstaatlichung, etc.) erhält jede demokratische Forderung ihren Wert als Angriff gegen die politische Vorherrschaft der Bourgeoisie.
- b) Unsere Lösung "Regierung der SPP; -KPP; -u. Gewerkschaften", welche durch den II. Kongress formuliert wurde, muß aufgegeben werden. Eine solche Regierung könnte nur mit Hilfe eines mächtigen Druckes der Arbeiterklasse in der Straße und in den Fabriken errichtet werden. Dies würde also eine "Arbeiter- und Bauernregierung", gestützt auf die in den Komitees organisierten und bewaffneten Massen sein. Die Notwendigkeit von dieser Form der Diktatur des Proletariats muß in der Propaganda geschickt erklärt werden. Sie kann in der Agitation nur insoweit verwendet werden, als es in Hinblick auf den derzeitigen direkten und unmittelbaren Kampf möglich ist. (Elle ne peut faire l'objet d'une agitation en vue de la lutte directe et immédiatement possible). Dies was sofort möglich ist, daß ist der Bruch der Regierungskoalition zwischen den Arbeiterparteien und den Bourgeoisparteien und die Unterstützung der Arbeiter-Forderungen durch alle Organisationen der Klasse.
- c) Die P.C.I. muß von allen politischen und ökonomischen Kämpfen, von allen durch die Arbeiter gestellten Forderungen ausgehen; sie muß in diese Kämpfe eingreifen, in dem sie ihre Übergangslosungen propagiert und für eine einheitliche Aktion in einer einheitlichen Front arbeitet. Der Kampf für eine einheitliche Front (front unique), ist für die revolutionäre Partei das beste Mittel um den Arbeitern zu zeigen, daß sie des Vertrauens der Massen würdig ist.
- d) In dem die P.C.I. in die Kämpfe der Arbeiterklasse eingreift, muß sie:
- arbeiten für den vollen Erfolg von diesen Kämpfen, selbst den elementarsten;
 - jede Forderung mit dem Übergangsprogramm verknüpfen;
 - allen voran die Forderung nach der Arbeiterkontrolle stellen, als das beste Mittel um die errungenen Vorteile zu garantieren und die Macht der Bourgeoisie zu untergraben;
 - die Arbeiterdemokratie und die einheitliche Aktion der Arbeiter zu verteidigen.

Ohne sich über die Nähe der Machtergreifung durch das Proletariat Illusionen zu machen, vollkommen bewußt, daß die kommende Periode, jene, der Kämpfe der Arbeiterklasse für die Verteidigung ihres Lebensniveaus und ihrer demokratischen Freiheiten ist, von der Notwendigkeit überzeugt, daß die revol. Partei im Verlaufe von diesen Kämpfen das Vertrauen der Arbeitermassen gewinnen muß,

ruft der III. Kongress der P.C.I. alle Kämpfer der Avantgarde des Proletariats auf, die P.C.I. zum revol. Instrument der Massen zu machen, welches unbedingt nötig ist zum Sieg des Sozialismus.

Beaufrère, Craipeau, Barthe, Demazière, Geoffrey, Lenâtre, Lucien, Magnin, Monge, Schwartz, Séverin, Lenärau, Sylvain (Angehörige oder Stellvertr. des Z.k.).

Resolution Marcoux-Frank mit 46 Mandanten abgelehnt.

Die revol. Krise, aus den Widersprüchen des kapitalistischen Regimes entsprungen und durch den imperialistischen Krieg verschärft, ist noch nicht beendet. Die erste Welle in Frankreich ist charakterisiert durch die Erscheinung, oder die Entwicklung von Organisationsformen der Doppelherrschaft (d'organismes de dualité de pouvoir) Aug. 1944, diese konnten durch die stalinistischen und reformistischen Führer eingedämmt werden. Ihre Aufgabe wurde durch die ökonomische Schwächung des Landes und die Anwesenheit der siegreichen Truppen des amerikanischen, engl. und franz. Imperialismus, sowie durch das Fehlen einer wirklich mit den Massen verbundenen revol. Partei erleichtert.

Aus dieser Tatsache heraus, konnte während der letzten 18 Monate kein großer Kampf entstehen. Dies hat die Wendung der Massen Aufmerksamkeit der Massen auf die parlamentarische Tribüne erleichtert dies wurde von den stalinistischen und reformistischen Führern bewußt und freiwillig gewollt.

Diese Welle endigte für die alten Arbeiterparteien mit dem Verlust der Majorität auf dem parlamentarischen Boden und ist durch das auf der Stelle treten in der Periode am Ende der 2. Konstituante gekennzeichnet.

Diese zweite Welle ist außerdem noch gekennzeichnet durch die Wiederaufnahme und Ingangsetzung der Produktion. Das Fehlen von bedeutenden Niederlagen der Arbeiterklasse, im Verlaufe der ersten Welle, erlaubt den Arbeitern sich mit aller Kraft für ihren ökonomischen Kampf einzusetzen.

Diese Kämpfe differenzieren sich von jenen, welche sich vor dem Kriege entwickelt haben, oder von jenen, wie sie sich jetzt zum Beisp. in den USA stattfinden, aus der Tatsache heraus, daß die Bourgeoisie über keine Reserven mehr verfügt, welche ihr erlauben könnten den Massen wirkliche Befriedigung auf ihre Bedürfnisse zu gewähren. Daraus ergibt sich.

1.) Eine Verallgemeinerung dieser Kämpfe kann sehr leicht die Krise des ökonomischen Wiederaufstieges brechen und im übrigen die schon an sich sehr begrenzten Möglichkeiten der Bourgeoisie noch weiter einengen.

2.) Eine Verallgemeinerung dieser Kämpfe kann in eine zugespitzte Krise auf dem politischen Boden führen, in dem die der Bourgeoisie die Kontrolle der Massen durch die alten Arbeiterparteien immer mehr erschwert.

Unter diesen Bedingungen von einer Stabilisation der Bourgeoisie zu sprechen, bedeutet in Wirklichkeit sich von den Tagesereignissen hypnotisieren zu lassen und jede allgemeine Perspektive außer Acht lassen. Dagegen führt in Wirklichkeit jeder Kampf für umfangreichere Forderungen, zuerst zwangsläufig breite Schichten der Arbeiterklasse auf ökonomischer Basis mit sich reißend, später übergehend auf die politische Ebene und kann so die Massen reif machen für das Problem des Bruches mit der Regierungskoalition.

Unter diesen Bedingungen muß die revol. Partei erklären:

- A) Eine Streikstrategie ausgehend von den unmittelbaren Tagesforderungen (mots d'ordre revendicatif);
- B) Zusammenfassende demokratische Übergangslosungen, durch diese die Hülle der bürgerlichen Demokratie sprengend, und so einmal die Mobilisation der Massen und ihren entgeltlichen Übergang auf den Weg zur Machteroberung zu ermöglichen.
- C) Diese Losungen werden es ermöglichen, die Massen auf ein höheres Niveau ihrer Kämpfe, und so zum Kampfe um die Macht zu führen.

Forderungen und Streikstrategie.

Bei dem Zusammentreffen dieser Umstände, teilt sich die Strategie der revol. Partei, soweit es die ökonomischen Forderungen betrifft in zwei Hauptpunkte:

- a) die Partei unterstützt jede durch die Massen im Kampf gestellte Teilforderung für die Aufwertung ihrer Kaufkraft (selbst in einem isolierten Kampf), aber sie wird ihre ganze Kraft anwenden, um diese Forderungen mit den Losungen des Existenzminimums, des gleitenden Lohnes und der Arbeiterkontrolle zu verbinden, welche gegenüber der konstanten Erhöhung der Lebenshaltungskosten, den Massen immer mehr als notwendig erscheinen werden, denn nur diese Losungen können die Frage einer wirklichen Aufwertung der Kaufkraft konkret stellen und den Massen die Überwindung der kooperativen und geographischen Sonderinteressen erlauben, so wie sie es im Streik der Postler gezeigt haben. Außerdem schlagen sie das Gleichgewicht des bürgerlichen Staates.
- b) Die Partei kämpft für die Ausweitung und Verallgemeinerung jedes Kampfes. Diese Verallgemeinerung ist heute auf der Basis des Gesamtinteresses der Arbeiterklasse ihre Kaufkraft aufzuwerten möglich.
- c) In der nun vor uns sich eröffnenden Periode, werden sich die Kämpfe um die Arbeiterforderungen oft gegen den Willen der verräterischen Führer ausbrechen und sich entwickeln. Um nun deren Widerstand zu brechen und die Gesamtheit der Arbeiter in diesen Kampf mit sich reißen und ihnen eine einige, kampffähige Führung zu geben, propagiert die Partei die Idee der Schaffung von durch die Basis gewählten und unter ihrer Kontrolle funktionierenden Streikkomitees.
- d) Der Kampf einer revol. Opposition in den Gewerkschaften widerspricht dem nicht. Sie schafft im Gegenteil einen der wichtigsten Stützpunkte von wo aus die Idee der Streikkomitees propagiert werden kann.
- e) In derselben Perspektive hatten wir wieder die Möglichkeit die Losung der Arbeitermilizen auf die Tagesordnung zu stellen, welche einen Begriff konkretisiert, so wie die Erscheinung der Streikposten.
- f) Die Partei kämpft gleichfalls für die Schaffung von Volkskomitees für die Versorgung.

Demokratische Übergangslosungen.

In der aktuellen Periode, der revolutionären Krise und gegenüber der Notwendigkeit für die Bourgeoisie eine starke Macht zu errichten, sind die demokratischen Übergangslosungen besonders

fähig das Interesse der Massen in ihrem politischen Kampf zu erwecken und sie für die sie verständlichen Ziele zu mobilisieren, und sie zur Zerreissung der Hülle der bürgerlichen Demokratie weiter zu führen. Diese demokratischen Lösungen als Aktionslösungen für die Massen verworfen, sind weit davon entfernt die parlamentarischen Illusionen der Massen zu festigen. Im Gegenteil sie dienen zur Zerstreuung derselben. Die revol. Partei darf sich nicht hinter die Gleichgültigkeit der Massen in Hinblick auf die demokr. Lösungen flüchten. Im Gegenteil sie hat die Aufgabe sie zu mobilisieren. Gegenüber der Konstitution und dem Parlament weist sie auf das Ergebnis hin, welches die Liquidation der Arbeiterfreiheiten und der bürgerlichen Demokratie in ihrer Gesamtheit vorbereitet. Die revol. Partei stellt ein Verfassungsprogramm auf, welches den Massen den Übergang von ihren derzeitigen demokratischen Illusionen, zu dem Verständnis von der Notwendigkeit der Schaffung der Sowjetdemokratie führt (so wie es in der Verité ausgedrückt war).

- a) Einheitliche und souveräne Kammer, auf der Grundlage der proportionellen Vertretung gewählt, Absetzbarkeit der Gewählten nach Belieben der Wähler.

Nieder mit dem Senat (und jeder zweiten Kammer)
Keinen Präsidenten der Republik

- b) Wahl aller Justiz-, Militär- u. Verwaltungsorgane, aller Magistrate in allen Stufen und Absetzbarkeit der Gewählten nach Belieben der Wähler.
- c) Auflösung der Armee, der Polizei, Mobilgarde etc, Bewaffnung des Volkes und militärische Instruktion der Arbeiter unter der Kontrolle der Gewerkschaften, Wiederrichtung der Zivilgarde.
- d) Autonomie der Gemeinden, einschl. von Paris, und der Departements, Abschaffung der Präfekten und der Polizeipräfektur.
- e) Verteidigung von allen Freiheiten: Presse, Versammlungen, Vereinigungen, Streik.
- f) Verteidigung der weltlichen Schule, Auflösung der freien Schulen und der religiösen Kongregationen.
- g) Recht der Völker über sich selbst zu verfügen, Abzug aller franz. Truppen aus dem Kolonialreich und den besetzten Gebieten, völlige Unabhängigkeit von Viet-Nam, Nordafrika und allen Kolonien.
- h) Aufhebung der geheimen Demokratie, Veröffentlichung von allen Verträgen, Abschaffung der Reparationen.

Zügellosigkeit (Débordement) des Stalinismus und

Arbeiter - und Bauernregierung.

Die Opposition der bürokratischen Führer gegenüber den Kämpfen der Arbeiter ermöglicht objektiv die Zügellosigkeit des Stalinismus und Reformismus und ermöglicht andererseits objektiv die Entwicklung der revol. Partei.

- 1.) Während der Rhythmus und die Ausdehnung der Zügellosigkeit dem heterogenen Charakter der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse untergeordnet sind, wie beim Eintritt dieser Schichten, in verschiedenen Momenten in den Kampf und dem verschiedenen Umfang ihres Kampfes.

- 2) Sodann setzt die durch die Bourgeoisie gegen die stalinistische Politik der Eroberung des Staates präsentierte Feindseligkeit unter die reaktionären Maßnahmen der KPP ein pseudo-revol. Siegel und somit noch den Rhythmus der Zügellosigkeit abschwächt.

Zusammenfassend ist dies gekennzeichnet:

A) Man muß eine sich folgende Reihe von Erfahrungen, von Siegen und selbst von Niederlagen machen, auf der Stufenleiter der Betrübe, oder der Kooperationen, bevor sich sehr breite Massen vollständig vom Stalinismus lösen werden.

B) Ja wenn sich die Zügellosigkeit des Stalinismus selbst im großen Maßstabe ergiebt (zum Beispiel im Generalstreik), so wird er noch in Gemeinschaft mit den Arbeitermassen bleiben und diese werden die Erfahrung der alten Parteien in der Ausübung der Staatsmacht machen. Im Augenblick wo die Massen auf einer breiten Stufenleiter in den Kampf gegen die Bourgeoisie eintreten (Mobilisation der Massen auf der Basis ihrer Forderungen, oder der demokratischen Übergangslosungen), sind sie der Idee des Bruches sind sie der Idee des Bruches

der Regierungskoalition mit den Bourgeoisieparteien und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung zugänglich. In diesen Augenblicken muß die revol. Partei ihre ganze Agitation auf diese Losung konzentrieren.

Solange als den Führern der KPP, SPK und den Gewerkschaften breite Schichten der Arbeitermasse folgen werden, wird sich die Losung Arbeiter-u. Bauernregierung unter der Formel einer Regierung KPP, SPK und Gewerkschaften verwirklichen.

Die revol. Partei sagt also:

- a) von dem gesunden Sinn der Massen ausgehend, welche mit der Bourgeoisie brechen wollen;
- b) für diesen Bruch zu kämpfen, in dem sie den Übergang der Massen auf eine höhere Etappe ihrer Kämpfe begünstigt.

Während eine Regierung KPP, SPK und Gewerkschaften, nur in dem Maße eine Arbeiter- u. Bauernregierung sein kann, inwieweit sie ein wahrhaftes Programm zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie anwendet. Nur eine solche Politik kann die beständige Sabotage der Bourgeoisie überwinden, indem sie sich auf die Aktion und die selbstständigen Organe der Massen stützt und sich auf eine kühne Politik der Expropriation der Banken und der Trust orientiert und eine Politik des prol. Internationalismus anwendet,

---.---.---.---.---.---